

Alsdorf in der NS-Zeit

Einleitung

aus: Jahresblätter des Alsdorfer Geschichtsvereins
herausgegeben vom Alsdorfer Geschichtsverein - 2002
Artikel von: Dr. Franz Schneider, Alsdorf
für das Internet aufbereitet von Peter Dzinga 2002 / 2010

Es kann nicht die Aufgabe sein, durch eine parteipolitische Brille zwölf Jahre eines Volkes zu betrachten, um diese Zeit zu verdammen oder blind zu bejubeln. Alles Bemühen, das sowieso nur Versuch bleibt, muß sich orientieren an dem, was geschehen war; ganzheitlich geschehen war. Es muß bedacht sein, geistige und wirtschaftliche Wurzeln mit in die Überlegungen einzubeziehen, da nichts ohne einen solchen Hintergrund entsteht. Diese Arbeit ist eigentlich bezogen auf den Alsdorfer Stadtteil Kellersberg. Die NS-Zeit kann aber nur erfaßt werden in einer Schau, die das ganze Alsdorf in seinen damaligen Grenzen erfaßt.

Die Betrachtung der NS-Zeit kommt nur dann in etwa einer objektiven Wertung nahe, wenn wir uns zunächst lösen von dem oft gehörten Gedanken, daß das ganze geistige Rüstzeug der NS-Bewegung von Hitler stamme. Er übernahm ein längst seit Jahrzehnten bekanntes Gedankengut und führte es in radikalster Konsequenz durch. Es ist das Gedankengut eines wertelosen Positivismus, bei dem die Macht die Quelle allen Rechtes ist.

Zu Beginn sei allerdings die Bitte um Verzeihung ausgesprochen, daß hier und dort doch eine stark subjektive Darstellung, vielleicht auch Wertung einfließen kann und sicher auch eingeflossen ist. Die objektive Korrektur und vor allem die weitere Forschung steht jedem frei.

Mit den 30er Jahren begann eine Zeit des geistigen und politischen Umbruches. Zum Verständnis seien einige Vorbemerkungen gestattet, die ganz allgemein gelten und somit nicht gezielt auf die Kolonien Kellersberg, auf Ofden oder auf das bisherige Alsdorf abstellen.

Die geschichtliche Entwicklung einer Wohngesellschaft als Wirtschafts- und Kulturgemeinde hat meist ihre Ursachen in Tendenzen und Strömungen im ganzen Volk, die bewußt oder blind übernommen werden oder sich geradezu aufdrängen. Das neue Idol „Massendemokratie“, das mit der Weimarer Verfassung von 1919 geboren worden war, erwies sich schon bald als ein trügerisches Ideal. Bis zum Ende des Ersten Weltkrieges war die Masse der Bevölkerung weitgehend von der politischen Entscheidung ausgeschlossen gewesen. Das Dreiklassenwahlrecht in Preußen, das sich bis 1919 ausgewirkt hatte, räumte der breiten Bevölkerung an der Basis nur die gleiche Zahl von Wahlmännern ein wie denen der Mittel- und Oberschicht mit höherem steuerpflichtigem Einkommen. Vielfache Proteste hiergegen waren meist aus der Mittelschicht gekommen, während die breite Volksschicht stumm oder auch allenfalls nur kurz aufschreiende Mitläuferin blieb. Die Reichsverfassung von 1871 kannte zwar das allgemeine und gleiche Wahlrecht, der Reichstag blieb aber ziemlich machtlos. Die Weimarer Verfassung von 1919 brachte nun die Massendemokratie mit dem allgemeinen und gleichen Wahlrecht. Ihr markantes Zeichen war, daß staatli-

ches Recht und die Ordnung sich nunmehr allein bestimmten nach der Mehrheitsentscheidung des Reichstages. „Die Mehrheit“ wurde zur alleinigen Norm. Es gab für den Staat nach dieser Verfassung keine andere oder sogar „höhere Norm“, an die der Mensch oder die Regierung selbst gebunden gewesen wäre. Die Besetzung dieses Reichstages bestimmte jetzt jeder Bürger, der das 21. Lebensjahr vollendet hatte. Im Reichstag selbst fing das Ringen um Mehrheiten an. Jede politische Gruppe oder Partei hatte mit ihrem oder ihren gewählten Kandidaten oder dann Abgeordneten Zugang in diesen Reichstag. Es gab keine Sperre wie die heutige 5%-Klausel. So war dieser Reichstag ein zusammengewürfeltes Gebilde von vielen Gruppen, die oftmals nichts miteinander verband. Dieses ganze System war eigentlich zu plötzlich aus der Taufe gehoben worden, ohne daß die Masse auf die ganzheitliche Mitverantwortung vorbereitet war und ohne daß die Konsequenzen aus einem solchen parlamentarischen „Massenbetrieb“ überschaut worden wären.

Außenpolitisch lag über dem deutschen Volk nach dem Ersten Weltkrieg die Last der Kriegsschulden und Reparationsverpflichtungen, die ihm die Siegermächte im Versailler „Friedensdiktat“ vom 28.6.1919 auferlegt hatten. Unfähig, die eigenen sozialen Probleme zu lösen, war das deutsche Volk erst recht außerstande, pünktlich den Reparationsverpflichtungen nachzukommen. Das wiederum veranlaßte die französische Regierung, 1923 das Ruhrgebiet zu besetzen und die gesamte Produktionsleitung und Produktion unter ihre Kontrolle zu bringen. Im Jahr 1925 kam es erst auf Drängen der übrigen Siegermächte zum Rückzug der Franzosen. Schon 1923 war der wirtschaftliche Zusammenbruch mit der großen Inflation eingetreten. Die Not stieg. Die Besetzung des Ruhrgebietes durch die Franzosen tat ihren weiteren Beitrag zur Stimmung im Volk. Der Verlust der Reichsgebiete von Elsaß-Lothringen, des heutigen deutschsprachigen Teils von Belgien und die befristete Abtrennung des Saargebietes mit der Inbesitznahme der dortigen Kohlenzechen durch die Franzosen waren längst nicht vergessen. Das deutsche Volk sah die ganze Welt gegen sich gerichtet. Das deutsche Volk richtete sich innerlich seinerseits weitgehend gegen die Welt. Aus diesem Geist von Zorn und wachsendem Haß war es vielfach aufgeschlossen für jede Agitation und Hetzkampagne gegen das Ausland. Nationalistische Politgruppen bildeten sich immer mehr und suchten die Stimmung im Volk für sich zu gewinnen. Hierzu gehörte auch die Gruppe um Adolf Hitler, der 1925 bereits die erste Auflage seines Buches „Mein Kampf“ herausbrachte, jenes Parteiprogramms, das wesentlich Parteiprogramm blieb bis 1945; ein Werk, das die Politiker anderer Nationen schon seit dieser frühen Zeit hätten kennen müssen. Aus der gebildeten Welt kam die entsprechende geistige Nahrung. Der stärker aufkommende Nationalismus brauchte seine „philosophische“ Begründung. Sie mußte „volksnah“ sein und verstanden werden. „Das geschundene deutsche Volk!“ Die Unterdrückung durch die Fremdvölker! Deutschland und das deutsche Volk!

Boden und Blut - „Blut und Boden“ - wurden zur tragenden Basis eines neuen Staats- und Rechtsdenkens. Der Nationalismus war bestätigt und der Rassismus vorbereitet. Die „wissenschaftliche“ Krone setzte 1930 Alfred Rosenberg dem ganzen Treiben auf mit seinem Buch „Der Mythos des 20. Jahrhunderts“. Seine entsprechenden Abhandlungen veröffentlichte er in der Sammelreihe „Blut und Ehre“. Das alles kam nicht von ungefähr! Schon das ausgehende 19. Jahrhundert hatte Denkströmungen aufkommen lassen vor allem auf dem Gebiet des Rechts- und Staatsdenkens, die sich absetzten von allen bisherigen Denkrichtungen, die die Wurzel von Recht und staatlicher Ordnung im Ethischen, in der göttlichen

Ordnung sahen. Rudolf von Ihering (1818-1892) lehrte bereits: „um den Staatszweck zu erreichen, darf nicht davor zurückgeschreckt werden, der Gewalt das Wort zu reden und sich darin von den überkommenen juristischen und rechtsphilosophischen Ansichten loszusagen“¹⁾. Georg Jellinek (1851-1911) kennzeichnete den Rechtszustand eines Staates als „den Zustand der Unterwerfung“, in dem der Mensch seiner Persönlichkeit entleert bloßes Subjekt von Pflichten ist²⁾, und im Mehrheitsentscheid die Grundlage aller Rechtsordnung erkannte. Es standen sich die Lehren von Thomas Hobbes und Jean Jacques Rousseau immer feindseliger gegenüber; dort die Lehre vom „Leviathan“ dem übermächtigen Superwesen als Staat, der die Ordnung durch Druck von oben schafft und erhält; hier die Lehre vom „Allgemeinwillen“, der sich einzig und allein aus der Mehrheitsentscheidung der Masse herleitet, wobei nach Montesquieu die Masse durch eine Volksvertretung repräsentiert wird. Marxismus und Nazismus schufen sich eine Kombination von beiden Systemen, indem sie den Willen der Gesellschaft mit dem Willen der Partei identifizierten mit der etwa gleich lautenden These: die Partei hat immer recht. Damit kamen sie über die immer allein bestimmende Parteiführung letztlich zu dem angesteuerten „Leviathan“, dem Staatssubjekt, der über allen anderen Subjekten, nämlich über der Gesellschaft steht und herrscht. Aus diesem „Macht bestimmt das Rechtsdenken“ heraus konnte dann schließlich Hans Kelsen die These dozieren: das Staatssubjekt kann nicht, jedes andere Subjekt darf nicht unrecht handeln³⁾. Von diesem Ausgangspunkt wird dann auch verständlich, daß etwas später in den 30er Jahren der Staatsrechtler Ernst Rudolf Huber schrieb „Wo er (der Führer) gesprochen hat, ist der Inhalt des völkischen Rechts mit unbedingter Verbindlichkeit festgestellt. Es ist nicht möglich, vom Gesetz an das Recht zu appellieren. Das Führergesetz ist keine zweitrangige, der eigentlichen Gemeinschaftsordnung nachstehende Quelle des Rechts; sondern es ist der unantastbare und verbindliche, unmittelbare Ausdruck, den das völkische Recht gefunden hat. Soweit der Führer die völkische Ordnung in Gesetze geformt hat, gilt für die Verwaltung, für die Justiz, für die Bewegung und das Volk das unbedingte Gebot der Gesetzmäßigkeit.“⁴⁾

Macht und Gewalt des Staates und politischer Gruppen leiteten nach den frühen, eigentlich vornazistischen Grundthesen längst die immer stärker aufkommenden politischen Kräfte in der Nation. Davon zehrte auch Hitler; davon zeugt der Inhalt seines Hauptwerkes „Mein Kampf“. Es rumorte seit 1920, und es rumorte immer mehr. Die neue Freiheit war aufgebrochen. Die Freiheit der Macht und die Freiheit zur Macht wurden zur Freiheit zur Vernichtung um der Macht willen. Politische Ereignisse in der ersten Hälfte der 20er Jahre zeigen das an wenigen Beispielen: 1921: Ermordung des Zentrumspolitikers Mathias Erberger; 1922: Ermordung des Außenministers Walther Rathenau; Attentat auf den SPD-Politiker Philipp Scheidemann. Ein fähiger Mann wie Gustav Stresemann, Deutsche Volkspartei, wurde 1923 von der Masse des Reichstages als Kanzler gestürzt.

Im Rheinland tobten Gruppen für die Abtrennung vom Reich. In Köln und Aachen vor allem in Mainz fanden die Separatisten ihre Hochburgen. Der politische Zeitgeist des Egoismus und die wirtschaftliche Notlage ließen 1923 auch in Alsdorf die Menschen auf die Barrikaden gehen. Schlägereien, Plünderungen und Randalen waren an der Tagesordnung. Am 13. August 1923 sammelten sich Tausende von Menschen bei der Kellersberger Kiesgrube auf der Alsdorfer Heide. Auswärtige waren dazugekommen. Sicher kam auch ein großer Teil aus den am meisten betroffenen Arbeiterkolonien Kellersberg. Sie alle sammelten sich „vor den Toren“ von Alsdorf, wo viele ihren Arbeitsplatz hatten. Nach Protestkundgebungen und Plünderungen von Geschäften in der Bahnhofstraße kam es zum

Sturm auf das Rathaus, bis schließlich das Feuer gegen sie gerichtet wurde und dann 17 Tote zu beklagen waren. Acht der Toten wurden auf dem Friedhof von Kellersberg in einem Massengrab beigesetzt. In dem Zusammenhang mit den Bestrebungen, das Rheinland vom Reich zu trennen, hatte der Gemeinderat von Alsdorf schon im Januar 1923 einstimmig beschlossen, solche Bemühungen zurückzuweisen: denn Alsdorf sei einmal deutsch und werde deutsch bleiben; so das „Politische Tagesblatt“ vom 15.1.1923.

An solchen Bewegungen änderte im Grunde nichts der seit 1923 mit der Einführung der Rentenmark einsetzende wirtschaftliche und politische Aufschwung, der gewiß weniger die breite Masse der Bevölkerung berührte. Es könnte fast gesagt werden, daß dieser Aufschwung das Gegenteil bewirkt hat. „Das befreite Volk“ forderte und wollte leben; es wollte sich ausleben. Die einen konnten es sich bald leisten; andere dagegen weniger. Weite Schichten vor allem in den Großstädten waren innerlich entgleist. Doch von ihnen ging geradezu strahlenförmig die Wirkung auf das ganze Reich aus. Der „Geist von Freiheit“ hatte die Menschen mehr und mehr in einen Taumel gebracht. Leben und das Leben genießen, waren die Parolen. Schon in früher Zeit suchten die damaligen Medien wie Literatur und Film, herkömmliches Denken durch die Verherrlichung von Nacktheit und Sexualität zu ersetzen und einen Weg in das Volk zu bahnen, der bisher geltende Normen verdrängen sollte und der schnell von einer Entgleisung in die andere führte. Gerade die aufkommenden „goldenen 20er Jahre“ nach 1924 gaben jedenfalls den „oberen Schichten“ durch die neue wirtschaftliche Lage besonderen Auftrieb. Die „Ufa“ wurde zum Vorreiter in der Filmbranche. Jazz und Charleston brachten die Menschen in Ekstase. Die Tänzerin Josephine Baker, bekleidet nur mit einer kurzen Schürze aus Bananen, steigerte die Begeisterung der Berliner ins Unermeßliche. Und von dort zog strahlenförmig der neue Geist durch das Reich. Mode wurde groß geschrieben, und die Kleider wurden immer kürzer. Für die damalige Zeit war das alles ungeheuerlich und begehrt zugleich. Und wer nicht das Geld für diesen großen Lebensstil hatte, der gab sich dem Trubel im Rahmen seiner Möglichkeiten hin und oft genug über diesen hinaus. Heinrich Zille erlebte diese Zeit noch und überlieferte in seinen Bildern das damalige und schon frühere Treiben, das eigentlich in allen Schichten des Volkes mehr ein Versuch war, von den Sorgen und Problemen der Zeit abzulenken; und dabei merkte der Mensch nicht einmal den inneren Widerspruch, in den er sich oft genug verstrickte.

Auf dem Markt der sich steigernden Vergnügungslust wurde der Ausländer, der Farbige, vor allem der Amerikaner - farbig oder nicht - zum umschwärmten Idol. Im politischen Bereich sah das anders aus. Gustav Stresemann, in der nach ihm folgenden Regierung des Zentrums politiklers Wilhelm Marx neuer Außenminister, erreichte die Annäherung an die übrigen Nationen. Mit dem Dawesplan von 1924 gelang es, eine gemäßigttere Form der Reparationszahlungen an die Siegermächte zu bewirken und gleichzeitig einen Kredit über 800 Millionen Goldmark von amerikanischer Seite zur Belebung der deutschen Wirtschaft zu erhalten. 1926 gelang die Aufnahme des Deutschen Reiches in den Völkerbund. Die positiven Folgen für die Wirtschaft wurden gutgeheißen. Und dennoch sahen die nationalistischen Kräfte in alldem nichts als einen Weg in die Abhängigkeit vom Ausland, geradezu eine Auslieferung an dieses. Und sie wühlten im Untergrund und drangen immer mehr an die Oberfläche. Als es im Juni 1927 zum Börsensturz kam, zu Unruhen in der Wirtschaft, zu Finanzkrisen im Reich wegen Verschwendung von öffentlichen Geldern vornehmlich durch die Kommunen, und als schließlich 1929 mit dem „Youngplan“ nur eine noch gemäßigttere Schuldentilgung, aber keine Streichung der Schulden erreicht wurde,

dazu die mehrere Jahre währende Weltwirtschaftskrise aufbrach, hatten die radikalen Kräfte den Boden gefunden, nun verstärkt durchzubrechen. Im Reichstag hatte die frühere „Weimarer Koalition“ (SPD, Zentrum und Deutsche Demokraten) sich längst auseinandergelebt, so daß sie für notwendige Maßnahmen keine Mehrheit mehr zustande brachte und die Regierung seit 1930 immer mehr nur noch mit den Notverordnungen des Reichspräsidenten gemäß Art. 48 der Weimarer Verfassung arbeiten konnte. Die junge Demokratie hatte eigentlich schon ihr Ende gefunden. Sie hatte ihren wirtschaftlichen und politischen Konkurs angemeldet.

Hatten die Verantwortlichen in der Bürgermeisterei Broich, zu der bis 1932 Kellersberg gehörte, bereits 1919 mit Skepsis auf das Ergebnis der Kommunalwahl geschaut, wonach aufgrund des allgemeinen und gleichen Wahlrechtes die Arbeiterschaft nun mit 14 Sitzen gegenüber 4 Sitzen der „Eingesessenen“ die Mehrheit im Rat bildete, so mußte der Ausgang der Wahl zum Landtag von 1926 wohl wie eine Bombe eingeschlagen haben. Zwar war in der Gesamtgemeinde Broich die Stimmenzahl für das konservative Zentrum immer noch bei 1.576; aber die Kommunisten bekamen in dieser „erkonservativen“ Gemeinde 619 Stimmen.

Die Ergebnisse der Reichstagswahlen geben ein gutes Bild von der politischen Einstellung und Entwicklung im Volk. Da nun für bestimmte Zeiten auch die konkreten Ergebnisse der Wahlen für die Kolonien Kellersberg vorliegen, wird das hier interessierende Bild besonders plastisch. Kellersberg war ein eigener Wahlbezirk in der Gemeinde Broich, während Ofdern und Schleibach zusammen mit Euchen einen weiteren Wahlbezirk neben Linden-Neusen und Vorweiden bildeten. Die Gegenüberstellung der Wahlbezirke Euchen und Kellersberg läßt deutlich die unterschiedliche Bevölkerungsstruktur und damit auch die unterschiedlichen gesellschaftspolitischen Einstellungen dort und hier erkennen.

Zu Beginn der Weimarer Republik war die politische Lage eigentlich ausgeglichen. Daß die fest eingesessene Bevölkerung im weiteren Raum des Bezirkes Euchen, aber überhaupt in der Bürgermeisterei Broich mehr den konservativen Parteien wie dem Zentrum, der Deutschen Volkspartei, aber auch der Deutsch-Nationalen Volkspartei zugewandt war und die Einwohner von Kellersberg, meist Lohnarbeiter, mehr der Sozialdemokratischen Partei (SPD) und der Untergruppe der Unabhängigen SPD (USPD), versteht sich für jene Zeit jedenfalls von selbst. Die Parteien der Mitte vereinigten bei der Reichstagswahl vom 6. Juni 1920 noch eine Mehrheit auf sich, wenn sie auch in den politischen Vorstellungen stark gegeneinander ausgerichtet waren.

1920 wurden in Euchen 436 gültige Stimmen bei einer Wahlbeteiligung von 80% abgegeben. Das wären bei einer 100%igen Beteiligung etwa 600 Wahlberechtigte für die drei Ortschaften Euchen, Ofdern und Schleibach gewesen.

Die Wahlbeteiligung in Kellersberg betrug 73% bei 883 gültigen Stimmen. Das ließe auf etwa 1.300 Wahlberechtigte schließen. Werden die Minderjährigen (bis zum 21. Lebensjahr) auf rund 1.800 geschätzt, so betrug die Zahl der Ausländer, die insgesamt nicht wahlberechtigt waren, mehr als 800 angesichts der Anmerkung, daß es um diese Zeit in den Kolonien rund 4.000 Seelen gab.

Nachstehend ist eine Gegenüberstellung der Ergebnisse zur Reichstagswahl vom 6. Juni 1920 aufgeführt:

Bez.	g. Stim.	% Bet.	KPD	USPD	SPD	DDP	Ztr.	DVP	DNVP
Euchen	436	80	-	-	81	-	326	4	25
Kellersb.	883	73	-	209	443	3	204	24	-

Bei den Wahlen zum Kreistag des Landkreises Aachen am 20. Februar 1921, also gut acht Monate später, läßt ein Doppeltes sich erkennen: in Euchen blieb die Wahlbeteiligung konstant. In Kellersberg nahm sie zu. Hier zeigte das Ergebnis aber einen starken Ruck nach „links“ zu den Kommunisten, während das Zentrum noch verhältnismäßig gut abgekommen war:

Bez.	g. Stim.	KPD	SPD	DDP	Ztr.	DVP	DNVP
Euchen	435	7	67	2	281	3	75
Kellersb.	923	249	374	-	281	19	-

Die Besetzung des Ruhrgebietes durch die Franzosen und die Inflation mit allen Folgen der wirtschaftlichen Notlage brachten dann auch bei der nächsten Wahl zum Reichstag am 4. Mai 1924 diesen politischen Erdbeben nach „links“. Selbst in Euchen errangen die Kommunisten zum Nachteil der SPD 35 Stimmen. In Kellersberg gewannen sie jetzt 565 Stimmen zum Nachteil der sozialistischen Parteien SPD und USPD, die zusammen von 652 im Jahr 1920 nun auf 146 gefallen waren. Das Zentrum hatte seinen festen Wählerstamm gehalten und in Kellersberg auf 329 Stimmen erhöht:

Bez.	KPD	USPD	SPD	Ztr.	DVP	DNVP
Euchen	35	2	10	333	34	15
Kellersb.	565	1	145	329	-	-

Ein Vergleich mit dem Gesamtergebnis in der Bürgermeisterei Broich zeigt:

Kommunisten: 736: ohne Euchen und Kellersberg mit insgesamt 600 in den Wahlbezirken Linden-Neusen und Vorweiden also weitere 136 Stimmen für die Kommunisten.

SPD und USPD: 284: ohne Euchen und Kellersberg mit den 158 Stimmen im restlichen Gebiet von Broich also noch 126 Stimmen.

Zentrum: 1.569; ohne Euchen und Kellersberg mit zusammen 662 im übrigen Gebiet also noch 907 Stimmen.

So wird ersichtlich, daß in der relativ konservativen Gemeinde Broich die Kolonien Kellersberg als Hochburg der Kommunisten wie ein Fremdkörper wirken mußten.

Der Ausgang dieser Reichstagswahl vom 4. Mai 1924 führte schnell wegen der Handlungsunfähigkeit dieses gerade erst gewählten Reichstages zu seiner Auflösung und zu Neuwahlen am 7. Dezember 1924, bei denen die Kommunisten leicht verloren. SPD und

Zentrum dagegen hinzugewannen. Doch das änderte nichts an der grundsätzlichen Entwicklung bis dahin. Das nachstehende Schema zeigt das Ergebnis für die gesamte Gemeinde Broich: bezogen auf die erste Wahl am 4. Mai und die zweite Wahl am 7. Dezember 1924 (nicht berücksichtigt sind kleinere Parteien, z.B. die Bürgerpartei):

Wahl	Berecht.	abgeg.	gültig	KPD	USDP	SPD
4.05	3.819	2.879	2.761	736	7	187
7.12	4.078	2.890	2.815	613	5	279

Wahl	DDP	DSP	Ztr.	DVP	DNVP	NSDAP
4.05	12	-	1.569	90	87	-
7.12	25	-	1.611	108	109	-

Die Wahl zur unmittelbaren Bestimmung des Reichspräsidenten durch das Volk am 26. April 1925 bestätigte in etwa die politische Richtung; das Ergebnis läßt aber auch erkennen, daß es hier mehr um eine Persönlichkeitswahl ging. Zwar erreichte der Kommunist Ernst Thälmann in Kellersberg 441 Stimmen; aber der Zentrumspolitiker Wilhelm Marx konnte selbst in Kellersberg 571 Stimmen für sich verbuchen. Auf der anderen Seite erhielt der von den „Rechtsparteien“ nominierte Paul von Hindenburg in Kellersberg immerhin 137 Stimmen.

Die politischen Ereignisse, wie sie zuvor kurz aufgezeigt worden sind, fanden in der nachfolgenden Zeit ihren Niederschlag. Wirtschaftliche Not und Unzufriedenheit mit dem Parteiengerangel waren ausschlaggebend. Am 20. Mai 1928 stieg der Stimmenanteil der KPD; zum Nachteil des Zentrums errangen die „Rechten“, die Deutsche Volkspartei, die Deutsch-Nationale Volkspartei und schließlich auch die Nationalsozialistische Arbeiterpartei Gewinne; letztere errang in der Bürgermeisterei Broich bereits 15 Stimmen. Dann brach es am 19. September 1930 durch: die KPD mit 1.287 und die Nationalsozialisten bereits mit 172 Stimmen hatten gewaltig angezogen. Am 1. April 1932 kam es noch ärger: KPD 1.775, Nationalsozialisten 350, Zentrum 1616. Hier errang also die KPD rund 500 Stimmen mehr gegenüber der Wahl im Jahre 1930.

Ein Vergleich mit den Ergebnissen im Reich läßt erkennen, daß Kellersberg kein Spiegel für die Gesamtsituation im Reich war. Hatten dort die wirtschaftlichen Verhältnisse den Bergmann zu den Kommunisten tendieren lassen, so hatte im Reich allgemein der politische Trend sich den Nationalsozialisten mit einem Stimmenanteil von rund 14 Millionen zugewandt, während für die SPD rund 8 Millionen, für die KPD ca. 5,3 Millionen und für das Zentrum annähernd 4,5 Millionen gestimmt hatten.

Der neue Reichstag wurde bald aufgelöst. Neuwahlen wurden schon am 6. November 1932 abgehalten. Die Ergebnisse für die Bürgermeisterei Broich sind deswegen interessant, weil das Dorf Ofden und die Kolonien Kellersberg zwischenzeitlich ausgemeindet und Bestandteile der Gemeinde Alsdorf geworden waren. Die Bevölkerung dieser Ortsteile beeinflusste nicht mehr das Gesamtergebnis der Wahlen in der Gemeinde Broich. Vergleichen wir die Stimmberechtigten in der Gemeinde Broich am 31. Juli 1932 (5.058) mit den-

jenigen am 6. November 1932. also drei Monate später, so büßte die Gemeinde Broich durch die Umgemeindung 2.796 wahlberechtigte Bürger ein. Dieser Verlust wirkte sich nun auf der anderen Seite als Zuwachs bei der Gemeinde Alsdorf aus.

Die Ergebnisse der beiden Reichstagswahlen im Jahr 1932 sollen nun für die Gemeinde Broich und für die Gemeinde Alsdorf gegenübergestellt werden:

Bezirk	Zeit	stimmer.	abgegeben	gültig	KPD
Broich	31.07	5.058	4.246	4.197	1.775
	06.11	2.262	1.685	1.671	357
Alsdorf	31.07	6.945	5.443	5.361	1.666
	06.11	12.020	8.717	8.599	3.318

Bezirk	Zeit	SPD	DSP	Ztr.	DVP	DNVP	NSDAP
Broich	31.07	268	8	1.616	17	75	350
	06.11	81	-	928	26	68	186
Alsdorf	31.07	668	-	1.889	44	194	838
	06.11	1.246	-	2.637	82	268	914

Wieder wurden Splittergruppen nicht berücksichtigt.

Dieses Wahlergebnis vom 6. November 1932 läßt sich für Alsdorf und Broich so in Prozentzahlen wiedergeben, wobei nur die großen Parteien angeführt werden sollen:

Wahlbezirk	NSDAP	SPD	KPD	Zentrum
Gem. Alsdorf	10,63%	14,49%	38,6%	30,6%
Gem. Broich	11,19%	4,8%	21,2%	55,8%

Am 31. Juli 1932 waren die Gebiete Kellersberg und Ofden auf der einen Seite und Schaufenberg und Neuweiler auf der anderen Seite noch nicht nach Alsdorf eingemeindet. Das Wahlergebnis für Alsdorf zeigt also die Situation im „alten Alsdorf“; anders war das bei den Wahlen am 6. November 1932. Die geringe Wahlbeteiligung mit einmal 78,3% und dann mit 71.50%. läßt zwar geringfügige Verschiebungen zu, ändert aber nichts am Trend. Entnehmen wir aus früheren Wahlergebnissen den sehr hohen Stimmenanteil der konservativen Parteien in der Gemeinde Schaufenberg, so läßt sich aus dem obigen Spiegel für Alsdorf am 6. November 1932 erkennen, daß der hohe Zuwachs bei der KPD gegenüber der Wahl am 30. Juli 1932 aus Kellersberg und Neuweiler gekommen war, während der Anteil der KPD vorher wesentlich seine Heimat in der Siedlung Busch gehabt hatte. Der geringe Anstieg der Wähler für die NSDAP in Alsdorf zeigt, daß bei dieser Wahl von November 1932 die Tendenz nach rechts eigentlich rückläufig war, wie die Addition von Broich und Alsdorf zum 31. Juli und dann zum 6. Oktober 1932 klar machen.

Diese Addition ergibt aber wegen der kommunalen Neugliederung erst das richtige Bild.

Umso erstaunlicher ist dann aber das Ergebnis der letzten freien Wahl vier Monate später am 5. März 1933. also zu einer Zeit, als die Nationalsozialisten bereits die Macht ergriffen hatten. Bekanntlich war das am 30. Januar 1933 geschehen. Wenn von der letzten freien Wahl die Rede ist, so wird hier darunter verstanden, daß die Bürger das letzte Mal in jenem neuen System die Möglichkeit hatten, zwischen verschiedenen politischen Parteien zu wählen. Der Spiegel der Wahlergebnisse in der erweiterten Gemeinde Alsdorf wird dem der verkleinerten Gemeinde Broich gegenübergestellt. Zu beachten bleibt hier allerdings, daß die Wahlbeteiligung in Alsdorf lediglich 74,8% betrug, während sie in der Gemeinde Broich bei 88% lag. Auf die Darstellung der vielen Splitterparteien wird hier verzichtet.

Bezirk	stimmer.	abgegeben	gültig	NSDAP	SPD
Alsdorf	12.076	9.533	9.362	2.319 24,3%	1.320 13,7%
Broich	2.227	1.960	1.932	487 24,8%	82 4,18%

Bezirk	KPD	Zentrum	Kampffront	DVP
Alsdorf	2.701 28,3%	2.777 29,1%	310 3,25%	52 0,54%
Broich	252 12,8%	1.030 52,5%	84 4,28%	15 0,76%

Die Gegenüberstellung der Prozentzahlen bei den Wahlen am 7. November 1932 und am 5. März 1933 für die vier großen Parteien gibt folgendes Bild:

Wahlbezirk	Zeit	NSDAP	SPD	KPD	Zentrum
Alsdorf	7.11.32	10,63%	14,49%	38,6%	30,6%
	5.03.33	24,3%	13,7%	28,3%	29,1%
Broich	7.11.32	11,2%	4,9%	21,2%	55,8%
	5.03.33	24,8%	4,2%	12,8%	52,5%

Wenn nun auch für Kellersberg keine genauen Zahlen hergeleitet werden können, zeigen die Unterschiede zwischen den beiden letzten Wahlen doch, daß in Alsdorf und damit auch in Kellersberg, aber auch in Broich die Nationalsozialisten vor allem auf Kosten der KPD und der SPD einen erheblichen Stimmenzuwachs gehabt hatten.⁵⁾

Dieses Bild der politischen Entscheidungen bei den Wahlen läßt die Entwicklung der politischen Orientierung bei den Bürgern erkennen, mit der auch die Wahlberechtigten in Kel-

lersberg und in allen Teilen der Ortschaften, ob in Broich, in Alsdorf oder wo sonst in die neue Zeit des „Dritten Reiches“ gegangen waren. Maßgebend waren oft nicht rationale, parteipolitische Überlegungen oder gar Überzeugungen, sondern ein zunächst blindes Vertrauen auf die Inhalte der neuen politischen Zusicherungen, aus dem dann spontane Begeisterung wuchs. Dennoch dürfen die geistigen Hintergründe bei der Betrachtung nicht vernachlässigt werden; der Rechts- und Staatspositivismus, wie er in Theorien immer stärker ausgeprägt wurde, bildete weitgehend das feste Fundament der Lehre an den Universitäten. Diese Theorien und Thesen wurden zum Studienstoff, der die Inhalte der akademischen Prüfungen ausmachte und dann die „Oberschicht“ bestimmte. Alte Thesen bekamen neue Kraft:

„Wie das Gesetz es befiehlt.“

„Die Mehrheit hat entschieden.“

„Die Partei hat immer recht.“

Hitler sollte diese dritte marxistische These durch das „Gesetz zur Sicherung der Einheit von Partei und Staat“ vom 1. Dezember 1933 übernehmen, das nach dem „Führerprinzip“ sich auf die bekannte Formel bringen läßt: „Ein Volk, ein Reich, ein Führer“. Hierdurch schuf er geradezu eine Gleichstellung der Lehre von Rousseau mit der von Hobbes durch die Glorifizierung der personalen Macht als des Ausdruckes des Volks- und Parteiwillens. „Es gibt nur ein Recht in der Welt, und dieses Recht liegt in der eigenen Stärke“. ⁶⁾ Dieser Gedanke von der Bedeutung des Führerprinzips hatte die Masse zu beseelen. Jellinek erfuhr neuen Auftrieb mit seiner These, daß der Staat der gesellschaftspolitische „Zustand der Unterwerfung“ ist. Hitler bezeichnete diesen Zustand als den „wahren Idealismus“. „Da aber wahrer Idealismus nichts weiter ist als die Unterordnung der Interessen des Einzelnen unter die Gesamtheit, dies aber wieder die Voraussetzung für die Bildung organisatorischer Formen aller Art darstellt, entspricht er im innersten Grunde dem letzten Willen der Natur. Er allein führt die Menschen zur freien Anerkennung des Vorrechtes der Kraft und der Stärke und läßt sie so zu einem Stäubchen jener Ordnung werden, die das ganze Universum formt und bildet“. Hitler erkennt nun nach dieser eigenen These verständlicherweise im Arier den hervorragendsten Idealisten, wenn er weiter schreibt; Dieser inneren Gesinnung verdankt der Arier seine Stellung auf dieser Welt ...“ ⁷⁾.

Der spirituelle Hintergrund war vorbereitet. Die soziale Notlage rief nach dem Retter. Hitler nutzte die soziale Notlage der Masse, um auf ihrer Grundlage jene Gedanken über Macht, Stärke und Gewalt bis in die radikalsten Konsequenzen umzusetzen. Die Welt schaute lange zu. Dabei ist nicht ausgeschlossen, daß sie hier und da und auch später vom gleichen Gedankengut getragen war, ohne daraus die radikalen Konsequenzen nach der Art Hitlers zu ziehen.

- 1) Ihering, S. 253.
- 2) Jellinek, S. 426.
- 3) Kelsen, S. 446.
- 4) Huber, S. 244.
- 5) Die Angaben über die Wahlergebnisse entstammen den jeweiligen Ausgaben des „Echo der Gegenwart“ unmittelbar nach den Wahlen.
- 6) Hitler, Rede. S. 139.
- 7) Hitler, Mein Kampf, S. 327 f.